

# Volksmacht

Insertionsgebühren die sechs gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Sprechstunden der Redaktion an allen Wochentagen 12-1 Uhr mittags

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Die Volksmacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg., vierteljährlich 1,20 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Redaktion und Expedition:  
Paradiesgasse Nr. 32

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion  
und Expedition 2537

Nr. 50.

Danzig, den 19. Juni 1912.

3. Jahrgang.

## Arbeiter, meidet den Schnaps!

Vom Leipziger Parteitag, der im September 1909 stattgefunden hat, ist die folgende Resolution einstimmig angenommen worden:

„Die von der agrarisch-kerikal-reaktionären Reichstagsmehrheit beschlossene Erhöhung der Branntweinsteuer bezweckt, einen großen Teil der durch die wahnwitzige Rüstungspolitik verursachten Ausgaben des Reichs den Schultern der Ärmsten aufzuerlegen. Zugleich soll durch Aufrechterhaltung der Kontingentierungspolitik auch fernerhin dem Großgrundbesitz auf Kosten der Branntweintrinker ein jährlicher Extraprofit von über 50 Millionen Mark zugesichert werden. Um dieser verbrecherischen Volksausbeutung zu begegnen und zugleich dem durch den Branntweingenuss verursachten und geförderten körperlichen und moralischen Elend weiter Volkschichten entgegenzuwirken, richtet der Parteitag an alle Parteigenossen und Arbeiter die Aufforderung, den Branntweingenuss zu meiden. Die Parteioptionen und die Parteipresse werden aufgefordert, diesen Beschluß in energischer Weise zur Durchführung zu bringen.“

Der Kampf gegen den Branntwein ist erfreulicherweise von großem Erfolg gewesen. Wie aus der amtlichen Statistik klar hervorgeht, ist der Schnapskonsum ganz erheblich zurückgegangen. Diese Wirkung wird noch größer werden, sobald erst der Einfluß der Klassenbewußten Arbeiterpartei in denjenigen Bezirken wächst, in denen der Schnapskonsum am größten ist.

So groß unsere Freude über den Erfolg der Kriegserklärung gegen den Schnaps, so groß ist der Schmerz der Schnapsbrenner, die um so bessere Geschäfte machen, je mehr von ihrem Fusel getrunken wird.

In dreifacher Ablehnung der Gesundheitschädigungen, die mit dem Schnapskonsum verbunden sind, ging ihr Bestreben darauf aus, unter allen Umständen ihren Profit zu retten. Wenn sie vor kurzem im Reichstage der Regierungsvorlage zustimmten, die scheinbar die Liebesgabe beseitigte, um den Verbündeten Regierungen die Mittel zur Deckung der neuen Heeres- und Marinevorlagen zu schaffen, so sollte das Sand in die Augen des Volkes sein. Denn die Liebesgabe ist in Wirklichkeit nicht beseitigt, sondern nur verschleiert worden. Da die Bestimmung über den Durchschnittsbrand und den Bergällungszwang aufrecht erhalten worden sind, so wurden die großen Brenner wieder aus den Kassen der Allgemeinheit in ungeheurer Weise begünstigt. Worauf das jetzt angenommene Gesetz hinausläuft, hat ein sozialdemokratischer Redner im Reichstage wie folgt dargestellt:

„Es ist ein offenes Geheimnis in den Fachkreisen, daß dieses Gesetz noch eine neue Preissteigerung durch die Spirituszentrale bringen wird, und daß man bereits von einem festen Satz von 12 Mark spricht, den als Preissteigerung die Zentrale ins Auge gefaßt hat. Es ist ein Raub an die Ärmsten der Armen, den sie begehen; denn diese Verelendeten, die zum Schnaps greifen, müssen wieder die neuen Abgaben, die durch Gesetz entstehen, zahlen, und die Reichssteuer gibt bereitwillig 16 Millionen her für die Brennerinteressen; nicht für das Publikum, das den denaturierten Spiritus verbraucht, sondern für die Brenner. . . Befürchten sie die 16 Millionen nicht, der Spiritus würde doch billiger werden, und deshalb haben wir verlangt, daß die Veteranen des Krieges und die Veteranen der Arbeit diese 16 Millionen bekommen; aber die Herren, die Kinnierkasten, geben keinen Pfennig dafür her.“

Es stellt sich die angelegliche Abschaffung der Liebesgabe für die Schnapsbrenner in Wirklichkeit also dar als eine weitere Ausplünderung der Armen, die der irrigen Meinung sind, auf den Schnapsgegnen nicht gänzlich verzichten zu können.

Arbeiter in Stadt und Land! Gebt den Schnapsbrennern und den ihr gefügigen Verbündeten Regierungen die einzig richtige Antwort auf ihr Verhalten. Der Leipziger Beschluß muß noch eifriger propagiert werden, als jeher. Verkündet es immer wieder in Dorf und Stadt: Wer Schnaps trinkt, schädigt seine Gesundheit und fördert seine bössartigsten Feinde, die preuhischen Junker.

## Meidet den Schnaps!

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei.

## Gedanken zur Wohnungsfrage.

II. (Schluß.)

In Charlottenburg hat man vor etwa 1 1/2 Jahren ein städtisches Wohnungsamt errichtet, das — nach einem Vortrage des dortigen Stadtrats Sendel — zweifellos segensreich wirkt. Seine Aufgabe ist zunächst die Überwachung der vorhandenen Wohnungen, insbesondere der Dienstmädchengelasse, des Schlafgängerwesens, der beim Meister wohnenden Gesellen und Lehrlinge, sodann ein Wohnungsnachweis, endlich auch direktes Eingreifen zur Abstellung besonders schlimmer Mißstände. Das alles ist gewiß sehr gut. Aber Herr Sendel sagt selbst, „an die Wurzel des Übels reichen Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege nicht heran; eine Reform ist erforderlich, die das Entstehen der bekämpften Mängel“ womöglich verhindert.“

In der Tat, das Wohnungsamt ist da, und gleichwohl werden in Charlottenburg so gut wie überall in den Großstädten immer neue Mietskasernen erbaut, die bekämpften Mängel entstehen immer wieder aufs neue.

Betrachten wir, anstatt der vorhandenen Wohnungen, die Art und Weise, wie heutzutage neue Wohnungen errichtet werden. In der erwähnten Schrift des Regierungsrats Dr. Feig findet man eine Schilderung der heutigen Wohnungsproduktion, die zwar nichts Neues enthält, aber die Dinge klar und übersichtlich darstellt. Mitwirkende sind heutzutage beim Wohnungsbau: der Terrainbesitzer, der Bauunternehmer, die Bauhandwerker. Daß die Terrainbesitzer

einen so großen Einfluß auf die Bautätigkeit gewonnen und sich meist zu großen, kapitalträchtigen Terraingesellschaften ausgewachsen haben, liegt an den eigentümlichen Bedürfnissen des großstädtischen Wohnungsbaues. „Der Boden in der Umgebung des bebauten Stadtgebiets“, schreibt Dr. Feig, „ist ursprünglich landwirtschaftlich genutzter Boden. Seine Eigentümer sind Landwirte; Größe und Gestalt sind bedingt durch die landwirtschaftliche Flurteilung.“ Um also das Gelände überhaupt erst zum Bau von Wohnhäusern vorzubereiten, müssen viele Grundstücke zusammen angekauft und neu eingeteilt, meist auch noch durch neue Straßen zugänglich gemacht werden. Dazu gehören riesige Kapitalien, die der einzelne Bauunternehmer nicht besitzt. Auch hätte er, sofern er sich wirklich mit Bauen befassen will, gar nicht die Zeit, solche Kapitalien zu verwalten und die zur Vorbereitung des Terrains für den Bau nötige Arbeit zu leisten. So ist es gekommen, daß der Terrainhandel, der zugleich die sogenannte „Ausschließung“ des Terrains besorgt, ein eigener Geschäftszweig geworden ist.

Im Gegensatz zu den Terrainhändlern sind die Bauunternehmer gewöhnlich kapitalarm. Feig bringt darüber die erstaunlichsten Tatsachen bei. Wir lesen da u. a.: „Eine Untersuchung von Professor Schäfer-Dresden ergab, daß in den Jahren 1902—1905 in Dresden Baugesellschaften in größerer Zahl entstanden, von deren 127 Gesellschaftern nicht weniger als 71, d. h. 56 Prozent den Offenbarungseid leisteten. 69 Prozent der Gesellschaften bestanden in der Mehrzahl der Fälle ganz und im übrigen zur Hälfte aus gänzlich vermögenslosen Personen. Auch von den an der Bautätigkeit beteiligten Einzelunternehmern leisteten 25 Prozent den Offenbarungseid.“ — Aber auch von den direkt insolventen Unternehmern abgesehen, herrscht im Baugewerbe noch durchaus der kapitalarme Kleinbetrieb vor, wie Feig an der Hand der Statistik ausführlich zeigt. Von 1895—1907 hat die Gesamtzahl der Baubetriebe allerdings abgenommen, aber wer daraus schließen wollte, daß dies, wie in anderen Gewerben, steigende Kapitalkraft des einzelnen Betriebes bedeutet, der wird alsbald eines besseren belehrt durch die stark wachsende Zahl der Konkurse. Sie haben sich in derselben Zeit ungefähr verdreifacht, und noch stärker war die Zunahme der besonders ungünstigen Fälle, in denen die Masse nicht einmal zur Eröffnung oder Durchführung des Konkurses genügt.“ Sehr auffällig ist auch, daß die Zahl der Konkurse gerade bei besserem Geschäftsgang, bei zunehmender Bautätigkeit gestiegen ist.

Halten wir also fest: auf der einen Seite die große, enorm kapitalträchtige Terraingesellschaft, auf der anderen der kapitalarme, häufig ganz vermögenslose Bauunternehmer. An ihn verkauft die Terraingesellschaft das Grundstück. Ein in der ganzen Volkswirtschaft sonst unvorstellbarer Vorgang! Ueberall sonst können sich kapitalarme Unternehmer auf die Dauer nicht halten und werden ausgezerrt. Hier aber, so viele auch Bankrott machen, es entstehen an ihrer Stelle immer wieder aufs neue ebenso kapitalarme Unternehmer. Wie kommen denn da — so wird man fragen, — die Terraingesellschaften zu ihrem Gelde, wenn sie ständig an so unsichere Kantonisten verkaufen? Das liegt an der eigentümlichen Geschäftsgebarung des Terrainhandels.

Das Kaufgeld wird nämlich nicht etwa in bar bezahlt, höchstens eine kleine Anzahlung. Der Rest wird als Hypothek auf das Grundstück eingetragen. Mit andern Worten: der Verkauf ist in Wirklichkeit nur ein Scheingeschäft; da der Bauunternehmer niemals bezahlen kann, oft nicht einmal die Zinsen, so bleibt das Grundstück in Wirklichkeit Eigentum der Terraingesellschaft, die es jeden Augenblick zur Substantiation bringen kann. Der Unternehmer ist also nur ein Strohmännchen, den die Gesellschaft vorschiebt und der ihr das Risiko und — den Behörden gegenüber — die Verantwortung abnimmt. Und nun kommt die Hauptsache: je weniger der Unternehmer hat, desto höhere Preise kann er bewilligen; er hat ja nichts zu verlieren! Dies aber gibt den Terrainhändlern die erwünschteste Möglichkeit, den Bodenpreis ins Maßlose zu steigern und den soliden Bauunternehmer auszumergeln, der wirklich bezahlen will und deshalb die hohen Preise nicht bewilligen kann. Daß das Terrain unverkäuflich bleibe, ist dabei nicht zu riskieren. Denn der zahlungsunfähige Bauunternehmer bewilligt alles. Sein Interesse bei der Sache ist, daß er vom Terrainhändler auch noch eine Rate des Baugeldes bekommt, die ebenfalls durch hypothekarische Eintragung gesichert wird. Davon bezahlt er einen Teil der Vorkosten und Arbeiten, er selbst lebt davon einige Monate, und wenn es dann zum Zusammenbruch kommt, gehen die Handwerker und Lieferanten leer aus, der Terrainhändler aber, dessen Forderungen ja als erste Hypothek auf dem Grundstück stehen, nimmt das Grundstück mit sich dem darauf erbauten Hause wieder in seinen Besitz.

So wird der mittellose Unternehmer ein Werkzeug zur Bereicherung der Terrainbesitzer, die nun die fertigen Häuser verkaufen. Das ist der Mechanismus, vermittelt dessen der Preis des Grund und Bodens ins Ungemessene in die Höhe getrieben wird. Aber freilich, die Sache kann nur klappen, wenn der Boden durch Mietskasernen auf das Raffinierteste ausgenutzt wird. Das zeigt aber zugleich, weshalb trotz leerstehender Wohnungen immer weiter

gebaut wird und die Mieten immer hoch bleiben und sogar noch höher werden. Das Bauen wird ja nicht von den Hausbesitzern besorgt, sondern von den Bauunternehmern und den Terrainhändlern. Und die verdienen am Bauen. Die letzteren haben auch Kapital genug, um unter Umständen eine schlechte Zeit durchzuhalten. Ja es kommen noch sonderbarere Dinge vor. So sind z. B. bei der Bebauung des Tempelhofer Feldes Gesellschaften beteiligt, die auch in Großberlin große Terrains besitzen. Sie machen sich also sozusagen selbst Konkurrenz. Wie geht das zu? Sie haben die Hand auf das neue Terrain gelegt, damit nicht andere es nehmen und ihnen etwa durch billigere Preise Schaden für ihre anderweitigen Terrains zufügen. Bekanntlich ist für das Tempelhofer Feld der unheimliche Preis von 72 Millionen Mark bezahlt worden. Das geschah eben zu dem Zweck, auch auf den andern Berliner Terrains die Preise hochzuhalten.

Aus diesen Zusammenhängen ist zu ersehen, daß eine Verbilligung und Verbesserung der Wohnungen für die Masse des Volkes vor allen Dingen einen Eingriff in den Terrainhandel und die Terrainspekulation erfordert. Denn da sitzt die Wurzel des Übels.

## Politische Übersicht.

### Der Hanjabund und das Koalitionsrecht.

In Berlin hat der Gesamtausschuß des Hanjabundes eine Sitzung abgehalten, an der 150 Vorstands- und Ausschußmitglieder aus allen Teilen des Reichs teilgenommen haben. Der Vorsitzende Dr. Rießer gab einen Bericht über die Erfolge des Bundes bei den Reichstagswahlen. Er behauptete, die Agrardemagogie des Bundes der Landwirte habe bei den Wahlen eine starke Niederlage erlitten. 56 Mitglieder des Reichstags seien Mitglieder des Hanjabundes und 33 stünden auf seinem Boden. Der Bund verfüge also über 89 Abgeordnete, die seine Ziele zu den ihrigen machten. Die Mehrheit für extrem-agrarische Forderungen im Reichstag sei beseitigt. Der Hanjabund halte unverbrüchlich an seinen früheren Beschlüssen fest: er unterstütze nicht Parteien, sondern einzelne Kandidaten, die sich zur Parität der Berechtigung aller Erwerbsstände bekennen. Darum zähle er im Reichstage neben Nationalliberalen und Fortschrittlichen auch Freikonservative zu seinen Anhängern.

Sehr eifrig verwahrte Rießer den Bund gegen den Vorwurf, die Sozialdemokratie zu begünstigen. Gerade die, die diese Beschuldigung erhoben, hätten durch Stimmhaltung die Sozialdemokratie gefördert. Hätte der Hanjabund dieselbe Politik befolgt, so läßen statt 110 sicherlich 160 Sozialdemokraten im Reichstage. Sodann erstattete Professor Dr. Kleefeld den Geschäftsbericht, nach dem der Bund Juni 1912 aus 67 Landesprovinzial- und Bezirksgruppen, 643 Ortsgruppen, 1609 Vertrauensmännern, 823 angeschlossenen Vereinen und Verbänden bestand. Das Direktorium des Hanjabundes besteht zurzeit aus 64 Mitgliedern, der Gesamtausschuß aus 420 Mitgliedern.

Es folgte die Beratung neuer Richtlinien des Bundes. Die Referenten, die zu den einzelnen Teilen dieses Programms sprachen, boten ein Bild weit auseinander gehender, zum Teil direkt widersprechender Interessen der einzelnen Gruppen im Bunde. So wandte sich der Vertreter der Industrie, Direktor R. Waldschmidt, gegen den weiteren Ausbau der Sozialpolitik, allerdings in vorläufig verklausulierter Form, indem er erklärte:

Neben dem Anwachsen der Löhne trägt auch unsere Industrie die Lasten der Sozialpolitik. Wir nehmen die Lasten gern auf uns, aber es wäre außerordentlich wünschenswert, wenn durch internationale Vereinbarungen auch das Ausland etwas mehr gleichen Schritt mit uns hielte. Wir wollen ja gern weiter an die Spitze marschieren, es genügt aber, wenn wir um eine Halslänge voraus sind (Heiterkeit), und es brauchte nicht gleich eine Pferdelänge zu sein.

Daß sich hinter dieser „wohlwollenden“ Wendungen der Wunsch verbirgt, in der Sozialpolitik möge für längere Zeit ein Stillstand eintreten, daß sie zumindst die Stärkung der Heimatnisse bedeuten, die sich ihrer Fortentwicklung in den Weg stellen, braucht kaum gesagt zu werden.

Den Schriftleiter des Vereins für Handlungskommiss von 1858 hält das nicht ab, den Hanjabund als eine Organisation auszugeben, die Sozialpolitik treiben wird, und Wünsche der kaufmännischen und technischen Angestellten auf Regelung der Arbeitszeit und Erweitern der Sonntagsruhe vorzutragen. Allerdings verspricht er dafür auch, daß sich die Handlungskommiss und Techniker von der Arbeiterbewegung fernhalten werden. Es müssen also aber auch beiderseitige Zugeständnisse gemacht werden, verbaut und „die vielen Wege, die zu den Arbeitermassen führen, verbaut und eine feste Brücke zur Arbeiterschaft geschlagen werden“. Und eine feste Brücke zur Arbeiterschaft geschlagen werden. Und eine feste Brücke zur Arbeiterschaft geschlagen werden. Und eine feste Brücke zur Arbeiterschaft geschlagen werden.

Der für die Arbeiterklasse wichtigste Teil der Verhandlungen betraf aber den Passus der Richtlinien über den Schuß der Arbeiter. In diesem Punkte unterscheidet sich der Hanjabund nur dem Grade, nicht aber dem Wesen nach von den Sozialdemokraten. Er lehnt zwar ein neues Ausnahmegesetz gegen streikende Arbeiter ab, aber energische Anwendung der polizeilichen Maßnahmen gegen das Streikpostenstehen. In die Richtlinien hat der Ausschuß nun den Satz aufgenommen, daß der Bund eintrete:

Für einen wirksamen Schutz des für Arbeitgeber (wie: Unternehmer, Red. d. B.) und Arbeitnehmer (Angestellte und Arbeiter) gleich unentbehrlichen Grundgesetzes der Willens- und Gewerkschaft und für eine energische Bekämpfung des politischen und wirtschaftlichen Zwangs- und Raubherrschafts.

Diese unbestimmte Fassung erlaubt die Unterstützung der weitgehendsten Scharfschmäherschlüsse auf das Koalitionsrecht. Indes hat der Hanjabund die Absicht, diese Forderung noch näher zu



nahmte der sogenannte Volksvertreter zur preussischen Wahlrechtsfrage. Westpreußen besitzt 12 Landtags-Wahlkreise mit insgesamt 22 Abgeordneten. Davon ist zur Zeit das Mandat des freikonservativen Abgeordneten Arndt-Ga. Schön durch den Tod erledigt. Es fungieren somit zur Zeit 21 westpreussische Landtagsabgeordnete. Die buntschekigste Vertretung hat im Landtage, durch die Schuld der freisinnigen Mannesleuten um Münsterberg, der Wahlkreis Danzig-Stadt und Land. Hier wurden im Jahre 1908 die drei Kandidaten der schwarz-blauen Koalition „gewählt“. Der Agrarier Meyer-Rottmannsdorf ist ein wackelnder freikonservativer Reaktionsär. Der Oberpostsekretär Wolkowski ist zwar ein patentiert frommer Caritasmann. Er weiß aber noch immer nicht, ob er Zentrumsmann oder Konservativer ist, obgleich kein Zweifel darüber besteht, daß er wackelnd zentrumschwarz ist. Als Landtagsabgeordneter nennt er sich aber konservativ, schon um den katholischen Arbeitern, die dem Schnapsblock geholfen haben, beweisen zu können, daß kein Zentrumsmann ein Wahlrechtsfeind ist. Eine originelle Figur ist auch der Direktor der Brauerei Germania und nominelle Obermeister der Danziger Bäckervereinigung Karow. Der Mann war noch im Jahre 1908 freisinnig. Erst kurz vor der Landtagswahl entdeckte er ohne Mühe seine konservative Ueberzeugung und wurde deshalb — Hospitant der Junkerpartei.

Diese drei Leute nahmen bei der Abstimmung eine Haltung ein, die geradezu eine Schmach für die Bevölkerung der Provinzialhauptstadt ist. Höhnend spieen diese drei Volksvertreter den Arbeitern und den kleineren Leuten ihre Verachtung ins Gesicht. Der zentrumliche Wolkowski und der freikonservative Meyer waren wenigstens noch so ehrlich, offen für die Junkerklaverei einzutreten. Beide stimmten gegen den freisinnigen Antrag, der christliche Wohlthäter Arm in Arm mit dem konservativen Zollwucherer. Anders verhielt sich der politische Jongleur Karow. Nur ein einziger Mann war am 20. Mai charakterfest genug, keine Meinung zu haben und sich um die Stimmabgabe zu drücken. Der Einzige, der so den Junkern den Steigbügel hielt, war Herr Karow! Der phantastische Terroristendichter des Dreiklassenhauses schützte den Dreiklassenterror durch politische Unehrllichkeit! Das soll ihm bei der Wahl 1913 nicht vergessen werden.

Die Stellungnahme aller 21 westpreussischen Landtagsabgeordneten war würdig des ostelbischen Wildwest. Gegen das bessere Wahlrecht stimmten insgesamt 12. Es waren sechs Freikonservative: Meyer-Rottmannsdorf, Dr. Schrock, v. Flotwell, v. Conrad, Brandes und Holz; ferner sechs Konservative: Baerecke, Krüger-Marienburg, Wolkowski, v. Schönau, Weisermel und v. Wilkens. Für den freisinnigen Antrag stimmten nur fünf Abgeordnete. Die drei Polen Wosinski, Schröder-Neustadt und v. Sikorski, der Volksparteiler Dietrich-Thorn und der Nationalliberale Mogk.

Es fehlten bei der Abstimmung drei Abgeordnete, die Nationalliberalen Sieg-Graubenz und Hoberrecht und der Freikonservative v. Camp. Der Stimme enthielt sich Karow-Danzig. Es standen also zwölf ungeschminkten Wahlrechtsfeinden nur fünf Wahlrechtsfreunde gegenüber. Zwei nationalliberale Wahlrechtsfreunde sowie ein freikonservativer Gegner fehlten und der konservative Hospitant enthielt sich gar der Abstimmung für das Volksrecht.

Diese Ehrentafel müssen sich die westpreussischen Proletarier tief einprägen. An ihnen wird es 1913 in erster Linie liegen, daß mit den Schändern ihres vornehmsten Menschen- und Staatsbürgerrechtes die notwendige Abrechnung vorgenommen wird.

**Danzig.**

**Freisinnige Arbeiterfreundlichkeit.**

Arbeiterfreundlichkeit und Freisinn sind eins. Das wissen wir zum Ueberdruß von der Wahlagitation der Kommerziantenpartei. Zur Freiheit der Persönlichkeit, vor allem des Arbeiters, schwur nicht nur der Syndikus der Großkaufleute, Dr. Fehrman, sondern auch ihr Notstandsandidat Weinhausen. Der zog so fürchterlich gegen die Unterdrückung der Arbeiter durch die Sozialdemokratie vom Leder, daß er sich lieber der politischen Verleumdung beschuldigen ließ, als daß er den geringsten Beweis für seine Schmähung der Arbeiterpartei lieferte. Der freihetliche Liberalismus dieses Sozialpolitikers kann eben in jener absolut unheimlichen Arbeiterfreundlichkeit so vornehmer Mittel nicht entbehren.

Im Reichstage blieb Weinhausen derselbe Arbeiterfreund. Für die Schichtarbeiter und später die der Staatsbetriebe sprach er einige Worte. Und absolut unheimlich, nicht etwa aus dem Grunde, weil das wackelige Mandat Wählerhilfe sehr dringend braucht. Er verwahrte sich im Reichstage entschieden gegen den Vorwurf, etwa

auf den Wählerfang zu gehen. In einer Danziger Versammlung legte er dann noch das feierliche Gelöbniß ab, daß er aus keinen anderen Gründen als aus Menschlichkeit und zum Schutze des Koalitionsrechtes für die von dem Millionär Schichau brutallierten Arbeiter im Reichstage geredet habe. Also kein Reklameredner. Ganz gewiß nicht. Immer würde er genau so, gegen wen es auch sei, für die Arbeiter sorgen, auch wenn das nicht, wie in diesem Falle, zu Riesenflugblättern ausgenutzt werden könnte.

Die Gelegenheit zum Wirten in der Stille sollte der Arbeiterfreund sehr bald erhalten. In unserer am 16. April erschienenen Nummer 32 tellen wir mit, in wie eigenartiger Weise der technische Betriebsleiter des Städtischen Krankenhauses, Schwacht, die Rauchplage zu bekämpfen suchte. Durch einen öffentlichen Anschlag im Kesselhause berief er sich auf ein am 25. Januar in den Neuesten Nachrichten erschienenenes Eingeßandt und schrieb dazu mit voller Namensnennung, daß der Heizer H., die „Verantwortung für diese Schweißerei trage“. Wir wiesen den besonders in einem freisinnigen Musterbetriebe ungebührlichen Ton gegen den Heizer zurück. Dazu führten wir den Nachweis, daß die Beschuldigung auch sachlich unbegründet war, weil die starke Rauchentwicklung durch den ungenügend gelieferten Kofas verursacht war. Bald nach unserer Veröffentlichung begann die — in diesem Betriebe, in dem „sozialdemokratischer Terrorismus“ nicht herrscht — Suche nach dem Verfasser unseres Artikels. Nach dem 20. April erhielten dann die ein Jahr tätigen Heizer H. und K., beide verheiratete Leute, die Kündigung zum 7. Mai. H. traf diese besonders schwer, weil er vom 1. Februar bis 1. April wegen einer im Betriebe erlittenen Blutvergiftung arbeitsunfähig krank gewesen war. Die Bekündigten wendeten sich an den liberalen Oberbürgermeister Scholz, der ja jedem Bürger das Leben angenehm gestalten will, und ersuchten um die Aufhebung der Kündigung. Sie erhielten erst nach Ablauf der Kündigung eine beleidigend kurze Abweisung. Der Betriebsleiter Schwacht war weniger schweigsam. Er ließ häufiger Bemerkungen über den Verfasser des Artikels fallen, auch gelegentlich der Kündigung. Am Tage darauf erklärte er auf die Frage nach dem Kündigungsgrunde: „Wenn ich an Ihrer Stelle wäre, würde ich nach der Volkswacht gehen und nach dem Verfasser des Artikels fragen, dem haben Sie die Kündigung zu verdanken.“

Dieses magistrats-freisinnige Zeugniszwangsverfahren verdient eine ganz andere Kennzeichnung, die wir uns aus einem besonderen Grunde noch zurückhalten. Jedenfalls ist dieser Eingriff in unsere Pressefreiheit ebenso standlos, wie er liberal ist. Die Bekündigten erinnerten sich der feierlich beschworenen Terrorismusfeindschaft und Menschlichkeit Weinhausens. Sie wendeten sich schriftlich unter Darlegung der Sache an ihn und baten ihn, zu ihrem Schutze ebenso einzutreten, wie für die Schichtarbeiter. Sie bekamen auch eine Antwort, die wörtlich so lautete:

Berlin, 30. 4. 1912.

Sehr geehrter Herr!

Ich erhielt Ihre Zuschrift und nehme an dem mitgeteilten Vorfall warmen Anteil. Aber irgend welche wirksame Hilfe kann ich leider nicht in Aussicht stellen, da ich mich sonst einer Einmischung in Angelegenheiten schuldig machen würde, die durchaus außerhalb meiner Zuständigkeit liegen.

Ergebenst

Fr. Weinhausen.

Also nun haben es die beiden Heizer sogar schriftlich, daß das Eintreten für die vom Danziger Kommunalfreisinn terrorisierten Arbeiter nicht zur Zuständigkeit des großen Arbeiterfreundes Weinhausen gehört.

Schwacht fragte den Heizer H. am Entlassungstage, ob er ihm in das Zeugnis schreiben solle, daß er aus Unfähigkeit und wegen Rauchsichtigkeit entlassen wurde. Er fügte aber wieder hinzu, er — H. — hätte sich doch in der Volkswacht nach dem Verfasser erkundigen sollen. Trotz der Antwort, daß die Anfrage von der Redaktion doch sicher als Beleidigung zurückgewiesen werden würde, wiederholte Schwacht seine — Mahnung! Da sie absolut keinen berechtigten Wunsch für seine Entlassung wußten, ersuchten die Heizer um Beschäftigung in einem anderen städtischen Betriebe. Auch darauf erhielten sie eine unbegründete Ablehnung. Dem Heizer K. schrieb der Stadtrat Boll in das Entlassungszeugnis, daß seine Leistungen und die Führung nicht einwandfrei waren. Beide Heizer hatten vorzügliche Zeugnisse aus früheren Stellen und wurden von der Stadt, trotz der jetzt entdeckten Unbrauchbarkeit, ein Jahr lang beschäftigt. Die Klage gegen den Magistrat wegen Ausfertigung eines wahrheitsgemäßen Zeugnisses konnte K. nicht abwarten, weil er Danzig zur Erlangung anderer Arbeit verlassen mußte.

Uns überrascht dieses Drama aus den städtischen Musterbetrieben des Freisinn nicht, so sehr wir auch die beiden Opfer und ihre Familien bedauern. Dafür, daß sie nicht verunglückt, wird schon gefordert werden. Den Danziger Kommunalgewaltigen versichern wir ganz besonders, daß das wütendste Loben mit der Hungerpeitsche uns

auch nicht eine Sekunde daran hindern wird, unsere journalistische Pflicht in der Kritik der Zustände in den Betrieben der Stadt zu erfüllen. Wir würden mehr als gewissenlos handeln, wenn wir gerade solchen Zuständen der Härte gegenüber denen unsern Schutze verlagert würden, die darunter hilflos leiden müssen. Die Verantwortung für die Opfer, die deshalb die freisinnige Praxis fordert, lehnen wir mit gutem Gewissen ab.

Am übrigen zweifeln wir nicht daran, daß Weinhausen diesen Ausschnitt der praktischen Arbeiterfreundlichkeit des herrschenden Freisinn sehr gern zur Zerkleinerung des sozialdemokratischen Terrorismus agitatorisch benutzen wird.

**Die Wirkungen des Einfuhrschleimsystems.**

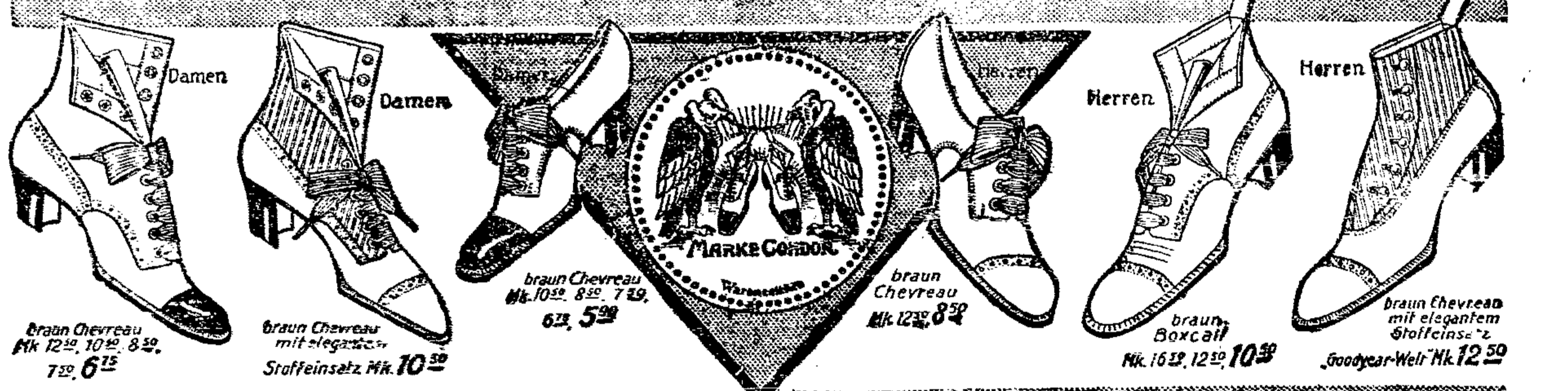
Die Getreide- und auch die Brotpreise sind in der letzten Zeit wieder ganz erheblich gestiegen. Es herrscht starker Getreidemangel, und das ist im wesentlichen eine Folge des Einfuhrschleimsystems, das den Getreideexport künstlich steigert. In der Allgemeinen Deutschen Mühlens-Zeitung erörtert ein ostdeutscher Müller die Wirkungen des Einfuhrschleimsystems; was dieser beteiligte Fachmann über die Schäden dieser agrarischen Preisgabe sagt, ist zwar allgemein bekannt, aber nicht oft genug zum Gegeigt werden, in welcher gewissenloser Weise die Interessen der Allgemeinheit einer kleinen Gruppe von Agrariern und Getreideexporteuren aufgeopfert werden. Der Umstand, daß den Getreideexporteuren 50 Mark pro Tonne ausgeführten Getreides aus der Staatskasse oder vielmehr aus den Taschen derselben Steuerzahler vergütet werden, denen durch das Einfuhrschleimsystem die notwendigsten Nahrungsmittel verteuert werden, hat zur Folge, daß beispielsweise in Rußland oder Dänemark deutscher Roggen billiger gekauft werden kann, als in Deutschland die geringste unverzollte Futtermenge. An der russisch-polnisch-deutschen Grenze kostet der Roggen verzollt 190 Mark pro Tonne. Die an der Grenze auf russischer Seite gegründete Mühlenindustrie bezieht diesen Roggen mit 140 Mark pro Tonne und sendet die gewonnene Kleie, die unverzollt nach Deutschland eingeht, zurück. Sie löst dafür pro Tonne 135 Mark bis 140 Mark, so daß sie in der Lage ist, das feinste Mehl in Rußland zu dem Preise zu verkaufen, den man in Deutschland für Futtermittel bezahlen muß. Von einigen Seiten wird behauptet, es besteshe ein ausgleichender Getreideaustausch. Wie verhält es sich damit? Wir exportieren z. B. Roggen, dafür vergütet der Staat 50 Mark pro Tonne. Dagegen importieren wir Gerste, die 13 Mark Zoll kostet. Feinster Roggen kostet nun unverzollt 140 Mark an der Grenze und geringe Futtermenge 165 Mark bis 175 Mark pro Tonne. Es ist die höchste Zeit, daß einem Zustand ein Ende gemacht wird, der zugunsten einer kleinen Gruppe den Armen das Brot verteuert, der Industrie und den Arbeitern Arbeit entzieht, und das alles mit Hilfe des Geldes, das diese durch ihre Steuern aufbringen.

Es hat mit der Schädigung der Konsumenten nicht sein Bewenden. Das Einfuhrschleimsystem treibt auch die Mühlenindustrie ins Ausland und nimmt den deutschen Arbeitern die Arbeit. In den Ländern, die Getreide importieren müssen, wie Schweden, Finnland, Norwegen und zeitweise auch Rußland, entwickelt und vergrößert sich dauernd eine bedeutende Mühlenindustrie, die unterstützt durch deutsches Geld das deutsche Getreide billig bezieht, sich aber gegen die Einfuhr von Mehl durch hohe Schutzzölle zu schützen weiß. Dadurch wird der deutschen Mühlenindustrie die Arbeit entzogen und außerdem geht ein hoher Prozentsatz Futtermittel (Kleie) dem Inlande verloren. Ein weiterer größerer Verlust deutschen Vermögens liegt darin, daß der größte Export bald nach der Ernte stattfindet, wenn die Preise am niedrigsten sind. Tritt wie meistens infolge zu starken Exports im Frühjahr ein Mangel ein, so erfolgt der nötige Import zu einem dann wesentlich höheren Preise. Deutschland verliert nicht nur doppelte Fracht und Spesen, sondern auch die Differenz zwischen billigen Verkauf- und teuren Einkaufspreisen. Und für dieses System tritt auch der Danziger Freisinn ein! So sieht seine Arbeiterfreundlichkeit aus.

**Staatsarbeiter und Verbandszugehörigkeit.**

Am 8. Juni d. Js. fand eine Vereinsversammlung der Handwerker der Königlich Technischen Institute Danzigs im Bildungvereinshause statt, in welcher ein Herr Lehmann aus Spandau über ein „wichtiges Thema“, wie die Handzettel verkündeten, sprechen sollte. Erschienen waren hauptsächlich die Meister, Bismeyer und sonstige Ferngröße. Der Vorsitzende des Vereins bemerkte einleitend, daß die Versammlung einberufen wäre, um das Mißtrauen der Mitglieder gegen die Vereinsleitung zu beseitigen. Der Referent, der zugleich Bundesvorsitzender ist, führte in seiner zirkulär-kündigen Rede aus, daß die Bundesleitung bestrebt sei, immer nur erreichbare Wünsche aufzustellen. Petitionen und Wünsche der freien Gewerkschaften, welche durch deren Vertreter zur Sprache gebracht würden, fänden keine Berücksichtigung. Die patriotischen

# Condor-Schuhe



Fabrik-Jahresumsatz ca. 3 Millionen Paar Schuhwaren.

Conrad Tack & Cie. G. m. b. H. Danzig: nur Gr. Wollwebergasse 14





Marlenburg.

Ein prägnantes Jahr — für die Agrarier. Die Ernter-Jelung schreitet: Die Neu-Ernte ist in vollem Gange. In der Rammwägen-Gegend sind die Schnitter und Mähmaschinen in voller Arbeit. Teilweise finden auch schon die Köpfe. Nach den ergiebigen Regengüssen der letzten Zeit ist das Gras üppig in die Höhe gewachsen, so daß es schöne, dicke Schwaden liefert. Ebenfalls ist die Weide jetzt sehr üppig. Der Boden ist aber so durchweicht, daß das Vieh viel Futter in den Grund tritt. Es gibt also eine vorzügliche Futterernte. Das Winter- und Sommergetreide steht auch ausgezeichnet. Ebenso wachsen Kartoffeln und Gemüse prächtig. — Den Agrariern steht also eine goldene Ernte in Aussicht. Nur auf den Konsumenten lastet nach wie vor die unerschöpfliche Steuerlast, die vor allem auf unsere agrarische Kleinrentner lastet.

An seiner Stiefmutter soll sich ein Arbeiter aus Hoppensbruch unethisch vergangen haben. Er wurde verhaftet und dem Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert.

Danzig-Land.

Wieder eine Oberer Schweinegriep.

Berichten wir in den letzten Nummern der Volkswacht über die gesundheitschädlichen Zustände in der Korinthengasse und über den Ungeheuerbrand auf Niederfeld, so sind wir heute gezwungen, einen besonders traurigen Fall aufzurollen. In der Südstraße befindet sich die Salscherei von Konath. Aus dieser wird nun, da hierfür keine besonderen Vorrichtungen getroffen, sämtlicher Schmutz, der bei der im Hause vor sich gehenden Schlachtungen eine nicht zu knappe Menge erreicht, auf das Land geworfen. Dort muß sich der Unrat seinen Weg selber suchen. Häufig überschneidet er den Verbindungsweg zwischen Südstraße und Hinterweg. Wiederholt sind Passanten der Gefahr ausgesetzt gewesen, in den zeitweise geradezu fürchterlichen Dreck hinein zu geraten. Da der Verbindungsweg viel benutzt wird — in der Nähe befinden sich mehrere Arbeiterwohnhäuser — so ist es dringend nötig, daß die Polizei bei dieser unheimlichen Ungeheuerheit, die Konath zu einer Aenderung seiner Praxis veranlaßt. Mag er zusehen, daß seine Jauche auf einem anderen Wege beseitigt wird.

Der Angeheuerbrand auf Niederfeld ist trotz unserer Mahnungen immer noch in Gebrauch. Die einzige Maßnahme, zu der sich unsere Behörden nach bisher der Herr Amtsvorsteher aufgeschwungen hat, ist die, daß ein Polizeibeamter hinkam und sich das Ding ansah. Geht das so, so ist nichts. Sollen wirklich erst Menschen trauet werden, ehe die Behörde eingreift?

Ein Mithrasessen im Rathaus. Die Gemeindevorsteher von Heubude ihrem Gemeindevorsteher in aller Form aus. Sie erklärten die Sitzungen vom 2. April und vom 7. Mai für ungültig, weil die neu gewählten Gemeindevorsteher nicht eingeladen waren. Durch Herrn Wiedemann aus diesem Reichstag nun die Kommissarien jeder?

Marienwerder.

Ein Raubmord der Reichswehr. Die Graubenzler Straßkammer. Der Arbeiter Otto Hellwig aus Marienwerder wurde am 12. Januar nachmittags noch einmal für seinen Bruder Paul, nachdem er bereits am Vortage sein Wahlrecht ausgeübt hatte. Hellwig mußte nun auf eine Weile ins Gefängnis gehen.

An einer Feststange wurde einem Arbeiter aus Hauswalde drei Finger abgerissen. Er mußte im Krankenhaus Aufnahme nehmen.

Graudenz.

Staubentwicklung in Fabriken.

Wie der Staub überhaupt als der schlimmste Feind der Gesundheit betrachtet wird, so muß insbesondere auf die Verhütung seiner Entwicklung bei der Ausübung von Gewerben geachtet werden. Er bedingt nicht nur die Gefahr einer Schädigung der Lungen und bei manchen Stoffen auch eine Vergiftung des ganzen Körpers, sondern zumeist auch die von Explosionen. Namentlich in den Kohlenbergwerken und in Röhren sind Staubexplosionen mit Recht als höchste gefürchtet. Um diese Missetat zu vermeiden, muß erst ihr Auftreten im einzelnen festgestellt werden, und man bedient sich zu diesem Zweck gewöhnlich weißer Filter, die an Ventilatoren angebracht werden und den Staubgehalt der angestrichen Luft derart zurückhalten, daß sie sich allmählich schwärzen. Damit ist es allein nicht getan, weil der helle Staub auf den weißen Filtern sichtbar bleiben würde. Daher hat Dr. Schwarz zur Ermittlung von hellem Staub, wie er beispielsweise in Mühlen für Getreide und Gips, ferner in Bäckereien und Glimmerfabriken, in Kunststeinwerken, in Zinkwerken usw. vorkommt, die Einführung von schwarzen Filtern vorgeschlagen. Die Ergebnisse der damit angestellten Versuche hat Dr. Schwarz im Gesundheits-Journal veröffentlicht. Es erwies sich als möglich, auf diesem Wege auch den Grad der Staubentwicklung mit ziemlicher Sicherheit zu ermitteln. In einer Zinkfabrik z. B. wurde durch die schwarzen Filter erwiesen, daß in der Nähe der eigentlichen Herstellung zehn- bis fünfzigmal mehr Staub vorhanden war, als in der entlegenen Ecke des Raumes, während der gut geüftete Lagerraum davon überhaupt frei war. Noch wichtiger war die gewonnene Aufklärung in einer Zinkfabrik, wo das giftige weiße Zinkoxyd auf schwarzen, der gleichzeitig entwickelte schwarze Staub auf weißen Filtern aufgefunden wurde. Durch derartige Untersuchungen kann wahrnehmbar stets ein klares Bild über den Grad der Staubgefahr gewonnen werden.

Immer neue Opfer beim Baden fordert das Wasser. Außerhalb der Städtischen Badeanstalt ertrank der sechszehnjährige Sohn des Schmiedes Janowski vor den Augen seiner Kameraden in der Weichsel.

Thorn.

Streik. Wie wir bereits in unserer letzten Nummer mitgeteilt haben, befinden sich die hiesigen Klempner in einer Lohnbewegung und sind, da der Antrag alles abgelehnt, sämtlich in den Streik getreten. Es handelt sich um Erhöhung eines Tarifs. Befordert wird 45 Pfennig Stundenlohn, 10 stündige Arbeitszeit, Bezahlung der Überstunden usw. Die Forderungen sind so minimal, daß man sich eigentlich darüber wundern muß, daß sich die Meister so ablehnend verhalten. Die Kollegen sind fest entschlossen, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis die Forderungen bewilligt sind, was ihnen um so leichter fällt, indem sie alle organisiert sind. Es handelt sich darum, daß der Lohn nach Thorn ferngehalten wird, und daß auch die Kollegen der anderen Berufe darauf hinwirken. Es wird das um so leichter werden, als der Lohn wohl in den anderen Orten höher ist als in Thorn. Also Klempner: Meidet Thorn!

Aus Furcht vor Strafe desertierte der Pionier Max Rucht von dem Kanonierbataillon Nr. 17 von seiner Kompanie. Unterwegs warf Rucht seinen Wasserrock in die Weichsel, nachdem er einer Sogelkassette ein Jackett abgenommen hatte. In Gerdin entwendete Rucht das Boot des Fischers Jochen und fuhr in diesem Stromab.

Nachdem vergeblich den Fliehenden in einem andern Boot und dieser rettete sich bei Stößen ans Land. Auf der Chaussee hinter Gatttau verhaftete dann ein Beamter der Dirschauer Polizei, die die Verfolgung fortgesetzt hatte, den Deserteur.

Eine Schredensmär berichtet die Thorer Presse aus Gohlshausen:

Bärenjagd. Ein einem Bärenführer entlaufener Bär macht das Dorf Woslin unsicher. Eine Bärenjagd war erfolglos, da das Tier Schutz in den hohen Kornfeldern findet. Die Schule in Woslin wird voraussichtlich geschlossen werden müssen, da die Kinder nur unter dem Schutz Bewaffneter zum Schulbesuch zu kommen sind.

Wenn der Bär in Wirklichkeit sich nur nicht in eine Ente verwandelt.

Dirschau.

Von denen, die da nicht säen und doch ernten. Die Zuckerfabrik in Dirschau hielt vor einigen Tagen eine Sitzung der Aufsichtsräte ab. In dieser wurde beschlossen, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 36 Prozent vorzuschlagen. Diese riesige Gewinnquote bildet jedoch nur einen kleinen Teil des Reingewinns. Die 36 Prozent machen nämlich 162.000 Mark aus. Der Reingewinn beträgt aber 638.595 Mark. Sollte die Dirschau Zuckerfabrik, dann könnte sie die Kleinigkeit von 100 Prozent Dividende verteilen. Eine tadellose Weltordnung, die den Reichen für ihr Nichtstun solche Riesensummen in den Schoß wirft und die Arbeiter, die diese Gewinne schaffen, mit Hungerlöhnen abspeist! Und da wundern man sich, wenn die Proletarier rot werden!

Kleine Nachrichten aus Westpreußen.

Czersk. Ein Feuer zerstörte das Haus der Witwe Jakubowski bis auf die Grundmauern.

St. Euph. Beim Baden ertrank in der städtischen Badeanstalt der Oberlehrer Dr. Lange. Den Bademeister Wolff, der ihm zu Hilfe eilte, traf das gleiche Schicksal.

Karthaus. Christlich organisierte Maurer und Zimmerer sind hier in den Streik getreten.

Nah und Fern.

Schweres Eisenbahnunglück in Schweden.

Sonntag früh 5:15 Uhr fuhr der Nachtschnellzug Malmö — Stockholm in Folge falscher Weichenstellung auf Station Malmslätt in der Nähe von Entroping in einen Güterzug hinein. Der erste Schlafwagen des Schnellzuges wurde zertrümmert, 31 andere stark beschädigt. Nach vorläufiger Feststellung sind achtzehn Personen getötet und sechsundsechzig verwundet worden. Unter den bisher identifizierten Opfern des Eisenbahnunglücks bei Malmslätt befinden sich keine Deutschen. Acht Tote konnten noch nicht identifiziert werden. An dem Aufkommen von vier Verletzten wird gezwweifelt.

70 Arbeiter getötet!

In dem bei Saratow (Rußland) gelegenen Prokrowsk ist die Mauer einer Knochenfabrik eingestürzt und hat zahlreiche Personen unter ihren Trümmern begraben. Siebzig Arbeiter sind bei der Katastrophe getötet worden.

Quittung.

Von den Malern der Werkstätte Blüdnorn, Danzig für die Frau Rohde 2 Mark erhalten. Sellin.

Öffentliche Volksversammlung

am Freitag, dem 21. Juni, abends 8 Uhr im Café Weinberg in Schidlitz.

Tagesordnung:

- 1. Die Arbeiterchaft im Kampfe um die Erhöhung ihrer Lebenshaltung. Referent: Reichstagsabgeordneter V. Göhre, Pfarrer a. D.
2. Diskussion.

Zu dieser Versammlung ist die gesamte arbeitende Bevölkerung dringend eingeladen.

Beirritts-erklärungen werden für den zu gründenden Arbeiterverein in allen Gewerke-Bezirken und von allen Arbeiterkreisen entgegen genommen.

Der Kartellauschuß.

Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bezirk Odra.

Sonabend, den 21. Juni 1912. Beginn um 8 Uhr im Saal des Herrn Adeler, Sauer, Odra, Niederfeld 29.

Großes Sommernachts-Fest.

Beginn abends 8 Uhr.

Das Komitee.

Achtung Heubude!

Das Spielwarengeschäft. Franz Assmann, Heubude. Danzigerstr. 24.

Eine Ausgabezelle der Volkswacht

Die Ausgabezelle der Volkswacht befindet sich im Saal des Herrn Adeler, Sauer, Odra, Niederfeld 29.

Öffentliche Parte- und Gewerkschafts-Versammlung

am Freitag, dem 21. Juni, abends 8 Uhr im Café Weinberg in Schidlitz.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt 6. Bezirk.

Am Donnerstag, den 20. d. M., abends 8 Uhr im Vereinslokal Mitgliederversammlung.

- Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Sellin: Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. 2. Berichtsangelegenheiten. 3. Wahl eines Kassierers. 4. Berichtsangelegenheiten.

In dieser Versammlung wird die Wahl eines Kassierers vorgenommen.

Fahrräder Ersatzteile Sprechmaschinen Schallplatten

sowie sämtliche Reparaturen zu billigen Preisen. Teilzahlung gestattet.

A. Hein

Fahrrad-Reparatur Danzig, Breitgasse 115.

Kolonialwaren

Achtung! Achtung! Friener-Salon. Danzig, Breitgasse 115.

Großer Saison-Ausverkauf. Sämtliche vorräthigen Sommerwaren werden zu staunend billigen Preisen verkauft, wie solche bisher noch nicht gekannt. An jedem Stück befindet sich das Original-Etikett mit dem bisherigen Verkaufspreis, neben welchem der jetzige Ausverkaufspreis mit Blaustift vermerkt ist. Jeder Käufer kann sich somit selbst davon überzeugen, daß alle Waren enorm billig, viele sogar weit unter der Hälfte der bisherigen Preise verkauft werden. Max Hirschberg, Danzig, Langgasse 3.

Deutscher Lyceum-Club LOTTERIE. 100000, 30000, 10000. Alle Gewinne sind mit 50% des angegebenen Wertes. Bar Geld. Felix Neumann, Danzigerstr. 28.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Beitragkassierer gesucht. Wochenlohn 30 Mark. Geeignete Bewerber, welche dem Verbande mindestens 2 Jahre angehören und 100 Mark Kaufkraft besitzen können, wollen ihre Bewerbung mit kurzgefaßtem Lebenslauf bis spätestens Montag, den 24. Juni einreichen. Die Ortsverwaltung, J. M. P. Fröngel.

Nähmaschine. Elbing. Preis 24 Mark.

Bestellungen auf die Volkswacht für Elbing und Umgegend. Paul Reimann, Danzigerstr. 118.

ELBING. Sonntag, den 23. Juni 1912, nachm. 3 Uhr in Schillingsbrücke. Großes Sommer-Fest. erstanden mit Konzert, Würfeln, Glücksrad, Schießen und Kinderbelustigungen aller Art mit nachfolgendem Tanz.

Johannes Krüger, Hutmacher. Sturmstrasse 13 ELBING Sturmstrasse 13. Billigste und beste Bezugsquelle aller Art. Hüte u. Mützen für Herren u. Knaben. Ein Posten vorjähriger Strohhüte u. Sommermützen zu jedem annehmbaren Preis.